

Inhalt

I.	Die Diskussionen zur Verfassungsänderung	2
II.	TÜSIAD zeigt sich besorgt über die neue Verfassung	3
III.	Transatlantic Trends Umfrage 2007 der German Marshall Fund of the United States: Abkühlung der türkischen Beziehungen zu USA und EU, aber auch zum Iran	4
IV.	Syrischer Außenminister besucht die Türkei	6
V.	Neue Hoffnungen für Nabucco-Pipeline	7
VI.	Neues Reformprogramm	8
	Karamanlis: "Wir unterstützen die türkische Zukunft in Europa"	
VII.	Finanz- und Wirtschaftsnachrichten	8
VIII.	Firmennachrichten aus der Türkei	12

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****September 2007**

I. Die Diskussionen zur Verfassungsänderung

Martti Ahtisaari, Leiter der Unabhängigen Türkei-Kommission (die aus die EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstützenden europäischen Politikern besteht), hat sich im Rahmen seiner Kontakte in Ankara über den neuen Verfassungsentwurf informieren lassen. Er sagte, sie hätten gesehen, dass die Regierung unter Premier Erdoğan zur Änderung der Verfassung entschlossen ist. Aber, damit sie die Türkei in Europa noch besser erklären zu können, müsse der Reformprozess, vor allem die Änderung des Paragraphen 301 des Strafgesetzbuches, fortgeführt werden, betonte Ahtisaari.

Ahtisaari kam in Ankara mit Staatspräsident Abdullah Gül, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Außenminister Ali Babacan zusammen.

Firat: "Eine Verfassung frei von Ideologien"

Der stellvertretende Vorsitzender der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), Dengir Mir Mehmet Firat, sagte, dass die AKP einen zivilen Verfassungsentwurf ausgearbeitet hat, der den Bedürfnissen der Gesellschaft entgegen komme, sich auf das Individuum konzentriere, die Demokratie vertiefe, und den Rechtsstaat verstärke.

Firat wies darauf hin, dass die Verfassung von Ideologien bereinigt werden muss. „Bei der Ausarbeitung des Entwurfes machten wir auch Gebrauch von Entwürfen der Türkischen Kammerunion, des Vereins Türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSİAD) und der politischen Parteien.

Erdoğan: "Mit allen wird abgesprochen"

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erinnerte auf einer Pressekonferenz daran, dass die Arbeiten für eine neue Verfassung, die seit Wochen in der Öffentlichkeit diskutiert werden, kein Entwurf, sondern nur eine Konzeptarbeit sei. Nach dem Erhalt der Ansichten aller Gesellschaftsschichten werde es ein Entwurf erarbeitet.

Unterdessen lässt der Streit um das Kopftuch fast vergessen, dass die Regierung unter Ministerpräsident Erdoğan die erste zivile Verfassung der Türkei erarbeiten will - und die erste, die nicht den Staat schützt, sondern die Grundrechte und Freiheiten des Einzelnen. Sie soll die Verfassung eines „demokratischen, säkularen und sozialen Rechtsstaats“ sein, betonte Erdoğan. Schon zu Beginn der Debatte zur Verfassungsänderung reduziert sich indes die Auseinandersetzung auf die Frage, ob das Kopftuch an die Universitäten zurückkehren dürfe.

Auf einer Pressekonferenz hielt Erdoğan sich bedeckt - aber in der "Financial Times" äußerte er sich deutlicher: "Das Recht auf höhere Bildung kann nicht eingeschränkt werden abhängig davon, was ein Mädchen trägt," und deutete damit eine mögliche Aufhebung des Verbots an. "Ich glaube, dass es die höchste Pflicht derer in der Politik ist, dieses Problem zu lösen." Damit wies Erdoğan die Rektoren zurecht, der Wille der Gesellschaft und der Nation zähle, nicht jener der Rektorenkonferenz. Die Rektoren seien daran gebunden, was die Politik beschließe. Der Ministerpräsident erinnerte daran, dass seine Regierung nichts Neues wolle. Denn zu manchen Zeiten sei es für Frauen in der Türkei möglich gewesen, mit einem Kopftuch das Universitätsgelände zu betreten, zu anderen nicht.

Rektoren fordern Unterbrechung der Verfassungsänderung

Der Leiter des Hochschulrates (YÖK), Prof. Dr. Erdoğan Teziç, forderte ein sofortiges Unterbrechen der Arbeiten zur Verfassungsänderung. Das Rektorenkomitee versammelte sich unter Leitung von Teziç. „Die Vorbereitung der Verfassungsänderung nur unter der Initiative einer politischen Partei beschattet den demokratischen Verlauf des Prozesses. Der Vorschlag zur Änderung der Verfassung sollte in einer Vertrauensatmosphäre stattfinden, in der alle Sorgen und Beunruhigungen der Gesellschaft beseitigt werden.

Unterdessen will die Rektorenkonferenz keine Studentinnen mit Kopftuch in den Universitäten sehen. Rechtlich sei es nicht möglich, die Verwaltungsverordnung von 1982 zu ändern, die das Kopftuchverbot eingeführt habe, meinen die Rektoren. Denn das verstieße gegen das Prinzip des Laizismus. Der Rektor der Universität Ankara, Nusret Aras, hält die Kopftuchfrage daher für gelöst.

Alle Zeitungen

II. TÜSIAD zeigt sich besorgt über die neue Verfassung

Der Verband Türkischer Industrieller und Unternehmer TÜSIAD warnte vor jedem Versuch, die Bedeutung des säkularen Kerns der Verfassung zumindern und sagte, dass sie weiterhin den Entwurfsprozess der neuen Verfassung durch die Regierung beobachten werde.

Der Vorsitzende des Hohen Beirats von TÜSIAD Mustafa Koc sagte, dass einer der Hauptaufgaben der zivilgesellschaftlichen Organisationen in modernen Demokratien darin bestehe, die Regierung zu beobachten, ihre Handlungen einzuschätzen, sie zu kritisieren und zu warnen.

“Wenn Politiker das alles nicht vertragen können, dann ist es ein Beleg dafür, dass sie die Anforderungen einer modernen Demokratie nicht verinnerlicht haben“, sagte Koc. „Bei dieser

Gelegenheit, möchte ich im Namen von TÜSIAD noch einmal wiederholen (betonen), dass wir weiterhin den Verfassungsprozess und die Tätigkeiten der Regierung beobachten werden.“

Dabei hob Koc besonders den neuen Verfassungsentwurf der Regierung und die Kontroverse über die vermeidliche Verwässerung der säkularen Pfeiler Staates hervor.

„Während die Bemühungen um eine neue Verfassung weitergehen, sollten die Entwürfe und Diskussionen über diese in einer säkular-demokratischen Struktur münden, welche die Prinzipien der Republik schützen und die Freiheit im westlichen Verständnis verfolgen“, sagte er. „Mit anderen Worten, wir wollen eine Verfassung, die der Fortschritt der Türkei auf dem Weg in die Modernisierung beschleunigt. Die Verfassung ist das Bindemittel, das die sozialen Gruppen zusammenbringt und vereint. Die Herausarbeitung einer neuen Verfassung darf den Zuwachs von Auflösungs- und Polarisationserscheinungen nicht erlauben.

Solch eine Polarisierung würde all die Bemühungen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen, zunichte machen und würde dem Ansehen der Türkei in der Welt schaden.“

„Deshalb legen wir einen großen Wert darauf, dass die neue Verfassung das Ergebnis einer weitreichenden Diskussion und eines Kompromisses ist, statt eines Produkts einer alleine regierenden Partei“, sagte Koc.

Die Vorsitzende von TÜSIAD Arzuhan Yalcindag warnte vor jedweder Schwächung der säkularen Prinzipien, die in der vorhandenen Verfassung enthalten sind und fügte hinzu, dass ein solcher Schritt der Türkei schaden würde.

Auch der stellvertretende Premierminister Cemil Cicek wohnte der Konferenz von TÜSIAD bei und erklärte den Teilnehmern, dass die Türkei die alte Verfassung überholen müsse, damit die Reformen, welche das Land reformieren sollen, Gesetzeskraft erlangen können.

„Das Wichtigste ist, eine solide Wirtschaft, einen einflussreichen und konstruktiven Staat und eine Demokratie mit hohen Standards zu etablieren“, sagte Cicek. „Und der einzige Weg dies zu tun ist, die notwendigen Reformen in der Verfassung selbst vorzunehmen“.

NTVMSNBC

III. Transatlantic Trends Umfrage 2007 der German Marshall Fund of the United States: Abkühlung der türkischen Beziehungen zu USA und EU, aber auch zum Iran

Im vergangenen Jahr stellte Transatlantic Trends die Frage, ob sich die Türkei vom Westen abende. Die Umfrage verwies auf nachlassende Befürwortung einer EU-Mitgliedschaft, kontinuierliche Kritik an den globalen Führungsrollen der USA und der EU sowie sinkenden Rückhalt für die NATO. Obwohl General Joseph Ralston letztes Jahr als Sondergesandter zu Gesprächen über Gewaltausbrüche an der Grenze zum Irak empfangen wurde, bleibt das amerikanisch-türkische Verhältnis in dieser Frage angespannt. Die Beziehungen zur

Europäischen Union erlitten einen Einbruch, als die EU acht von 35 Kapiteln der Beitrittsverhandlungen suspendierte und der frisch gewählte französische Präsident Sarkozy erneut seine Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstrich.

Im Vorfeld der diesjährigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurde in der Türkei eine andauernde Debatte über die Rolle der Armee im öffentlichen Leben geführt. Während die regierende AK-Partei ihren Wahlstimmenanteil steigerte und sich damit die Macht im Parlament sicherte, dem auch nationalistische und kurdische Parteien angehören, verdeutlicht die Nominierung von Abdullah Gül für das Präsidentenamt die Spannungen innerhalb der türkischen Gesellschaft über Säkularismus und Demokratie.

Abkühlung der türkischen Beziehungen zu USA und EU, aber auch zum Iran

Die türkischen Sympathien gegenüber den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union haben sich weiter abgekühlt: Die positiven Gefühle gegenüber den Vereinigten Staaten gingen auf dem 100-Punkte-Thermometer von 20 Punkten im Jahr 2006 auf 11 Punkte im Jahr 2007 zurück; die gegenüber der Europäischen Union von 45 Punkten auf 26 Punkte. Die jüngeren Türken, in der Altersspanne von 18 bis 24 Jahren, sehen die Vereinigten Staaten (15 Punkte) und die Europäische Union (28 Punkte) etwas positiver als der nationale Durchschnitt.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr, als die positiven Gefühle gegenüber dem Iran zunahmen, haben sich die türkischen Empfindungen gegenüber dem Iran inzwischen von 43 Punkten wieder auf 30 Punkte abgekühlt. Im Vergleich mit Amerikanern und Europäern zeigen die türkischen Befragten auch die mit Abstand kühlsste Haltung gegenüber Russland und China.

Stärkste Kritik an Führungsrolle von USA und EU in der Türkei

Die Befragten in der Türkei äußern weiterhin die kritischste Einstellung gegenüber der Führungsrolle von USA und EU in weltpolitischen Angelegenheiten: 74% der türkischen Umfrageteilnehmer betrachten die globale Führungsrolle der USA als nicht wünschenswert, was einem Anstieg von fünf Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Zum ersten Mal empfindet eine Mehrheit (54%) auch die EU-Führungsrolle als nicht wünschenswert; ein Anstieg von sieben Prozentpunkten seit 2006. Lediglich drei Prozent sind mit Präsident Bushs Außenpolitik einverstanden; 83% missbilligen sie.

Türken pessimistischer über EU-Beitritt als Europäer

Diejenigen Türken, die eine EU-Mitgliedschaft positiv betrachten, bilden innerhalb der Befragten weiterhin die größte Gruppe, welche aber fortschreitend schrumpft: von 54% im Jahr 2006 auf 40% im Jahr 2007; das ist ein Rückgang von 14 Prozentpunkten. Die Meinung der Europäer bleibt im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant: Die größte Anzahl unter den Befragten (42%) empfindet eine EU-Mitgliedschaft der Türkei weder als positiv noch negativ; 22% betrachten sie positiv und 31% negativ.

Wie im Vorjahr weisen Frankreich und Deutschland den höchsten Prozentsatz an Befragten auf, welche eine Türkei-Mitgliedschaft negativ bewerten (49% in Frankreich, 43% in Deutschland). Auf die Frage, wie wahrscheinlich ein EU-Beitritt der Türkei sei, antworteten 56% der befragten EU-Bürger es sei wahrscheinlich, dass die Türkei der EU beitreten würde – im Gegensatz zu lediglich 26% der türkischen Befragten.

NATO in der Türkischen Öffentlichkeit zunehmend unbeliebter

Die türkische Zustimmung zur NATO ist seit 2004 rückläufig, wobei die Antworten der Türken fast gleich verteilt sind: 35% der Befragten (-9 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) stimmen zu, dass die NATO noch immer von Bedeutung für die Landessicherheit ist, während 34% sagen, sie sei nicht mehr von Bedeutung; 31% wussten keine Antwort oder verweigerten die Antwort.

German Marshall Fund of the United States**IV. Syrischer Außenminister besucht die Türkei**

Erwartungsgemäß hat Außenminister Ali Babacan schnell eine Erklärung von Israel zu den Treibstofftanks gefordert, die die israelische Kampfflugzeuge auf ihrem fluchtartigen Rückflug aus Nordsyrien am vergangenen Donnerstag angeblich über türkischem Territorium abgeworfen haben sollen. Babacan brachte seine Forderung nach seinem Treffen mit dem syrischen Außenminister Walid al Muallem vor. Muallem sagte seinerseits, dass Israel Bomben über Syrien und Treibstofftanks über türkischem Boden fallen ließ.

Babacan machte darauf aufmerksam, dass eine Spannung in der Region kein Vorteil für die Länder in diesem Gebiet bringen kann, und dass die regionalen Länder die Souveränität anderer Länder respektieren sollen. Babacan sagte: „Sonst kann die Spannung zunehmen. Türkei will im Gebiet Frieden und Stabilität haben.“

Türkiye

V. Neue Hoffnungen für Nabucco-Pipeline

Das deutsche Unternehmen REW und der französische Konzern Gaz de France haben ihr Interesse angekündigt, das Nabucco-Projekt mitzufinanzieren. Das Projekt der Nabucco-Gaspipeline war aufgrund finanzieller Probleme und konkurrierender Pipeline-Vorhaben in Zentralasien des russischen Energiegiganten Gazprom verschoben worden.

Stefan Judisch, Geschäftsführer der RWE Trading GmbH, erklärte während einer Financial Times-Konferenz am 14. September 2007 die Bereitschaft des Konzerns, eine Milliarde Euro in die Nabucco-Pipeline zu investieren. Jean-Marie Dauger, Vorstandsvorsitzender bei Gaz de France, bekräftigte ebenfalls das Interesse des französischen Energie-Giganten an dem Projekt.

Die Unterstützung durch den deutschen und/oder den französischen Energieriesen würde dem Nabucco-Projekt, das finanzielle Probleme erfahren hatte, einen Auftrieb verleihen. Eine Erhöhung der weltweiten Stahlpreise hatte die Projektkosten unerwartet in die Höhe getrieben. Das Konsortium – bestehend aus OMV (Österreich), Botas (Türkei), Mol (Ungarn), Transgaz (Rumänien) und Bulgargaz (Bulgarien) – vermochte es bisher nicht, eine finanzielle Einigung zu erlangen.

Das Nabucco-Projekt, das ist von geopolitischer Bedeutung ist, da es russisches Territorium umgehen wird, hat weitere Schwierigkeiten erfahren, die nicht in Zusammenhang mit den finanziellen Problemen stehen.

Im Juni 2007 haben sich der italienische Gasriese Eni und Russlands Gazprom auf eine Zusammenarbeit an einer neuen Pipeline geeinigt, die Gas aus Zentralasien durch Russland leiten wird. Dieses Abkommen wurde weithin als Konkurrent zum Nabucco-Projekt betrachtet. Aber die Europäische Kommission scheint entschlossen, das Projekt durchzusetzen. Am 12. September 2007 hat sie den niederländische Außenminister Jozias van Aartsen als Koordinator für das Nabucco-Projekt nominiert. Während einer Konferenz in Budapest sagte der Kommissar für Energie Andris Piebalgs: „Diese Konferenz in Budapest zeigt, dass sich Europa einig ist über die Fortsetzung dieses wichtigen Projekts.“

Piebalgs Äußerungen waren auch eine Reaktion auf die Ankündigung, die der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsany am 12. September 2007 gemacht, und mit der er seine Unterstützung des Projekts geäußert hatte. Gyurcsany Bekräftigung schien im Widerspruch zu stehen mit Äußerungen, die er im März 2007 gemacht hatte, dass es dem Nabucco-Projekt an finanzieller und politischer Unterstützung mangle und ein „langer Traum“ sei.

Nach der Fertigstellung wird sich die Nabucco-Pipeline über 3 400km erstrecken und pro Jahr 31 Milliarden Kubiktonnen Gas von Aserbaidshan und Turkmenistan über die Türkei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn nach Österreich befördern.

Von der Kommission im Jahr 2002 vorgeschlagen, wird das Nabucco-Projekt als ein Flaggschiff-Projekt und als Symbol für Europa, das in seiner Energiepolitik mit geschlossener Stimme auftritt, verstanden, während es die Gasversorgung der EU variiert.

Euractiv

VI. Neues Reformprogramm

Außenminister und Verhandlungsführer Ali Babacan erklärte, dass die Türkei ihren Reformenprozess im Rahmen der EU entschlossen fortsetzen wird. Babacan, der im EU-Generalsekretariat den Reformenprozess der Türkei bewertete, teilte mit, dass sie für EU-Reformen bis zum Ende des Jahres 2008 ein neues Programm in dreimonatigen Perioden vorbereiten werden. Minister Babacan fügte auch hinzu: „Eines der wichtigsten Punkte des vorbereiteten Programms ist das Anpassungsprogramm an dem EU-Rechtsbestand.“

Türkiye

Karamanlis: "Wir unterstützen die türkische Zukunft in Europa"

In einem Interview mit der griechischen Zeitung ‚Elefteros Tipos‘ evaluierte der griechische Premier Kostas Karamanlis die türkisch-griechische Beziehungen. Auf eine Frage, wie die neue türkische Regierung und der Präsident die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland beeinflussen werden, sagte Karamanlis: „Wir haben eine klare Politik. Kurz gesagt, wir unterstützen die türkische Zukunft in Europa. Ich glaube daran, dass wir eine vernünftige Haltung bezüglich der EU-Mitgliedschaft der Türkei haben. Die Türkei wird mit ihren Reformen im Rahmen der EU-Anpassung und ihrer Haltung zur ihrer Nachbarländern evaluiert.“

Türkiye

VII. Finanz- und Wirtschaftsnachrichten

Ziel in China: Fremdenverkehr, Bauarbeiten und Industrie

Staatminister Kürşad Tüzmen, der in China an der 11. Messe für internationale Investition und Handel (CIFIT) teilnahm, sagte, dass die Aktivitäten der chinesischen und türkischen Geschäftsleute in den beiden Ländern erfreulich seien. Die Geschäftsleute der beiden Länder machten Schritte für konkrete Projekte und zum ersten Mal Kreditkontakte wurden aufgenommen, teilte Tüzmen mit. Stellvertretender chinesischer Handelsminister Ma Xiuhong seinerseits brachte ihre Zufriedenheit wegen der Entwicklung der kommerziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem China zum Ausdruck.

Türkiye & Cumhuriyet

Erstes Treffen mit der IWF-Delegation

Lorenzo Giorgianni, Türkei-Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), und Hussein Samiei, der neue Türkei-Vertreter, kamen mit der Wirtschaftsführung der neuen Regierung zusammen, zuerst mit Staatsminister Mehmet Şimsek, Finanzminister Kemal Unakıtan und danach mit dem für Wirtschaft zuständigen Staatsminister Koordination Nazım Ekren.

Die IWF-Delegation bewertete die Sparmassnahme der Regierung von 2.5 Mrd. YTL als positiv, kritisierte jedoch die Verschiebung der Sozialversicherungsreform.

Milliyet

Türkei-Anleihen profitieren vom Start des Zinssenkungszyklus

Die türkische Notenbank hat früher als allgemein erwartet ihren Leitzins um 25 Basispunkte gesenkt. Der Tagesgeldeinlagensatz wurde auf 17,25 Prozent von 17,50 Prozent gesenkt und der Tagesgeldausleihsatz auf 22,25 Prozent von 22,50 Prozent verringert.

Die Nationalbank hatte kürzlich angedeutet, dass sie erstmals seit mehr als einem Jahr wieder mit Zinssenkungen beginnen könnte. Beobachter hatten jedoch einen ersten derartigen Schritt frühestens für Oktober erwartet. Im Vorjahr wurden die Leitzinsen aufgrund der gestiegenen Inflationsraten um 425 Basispunkte angehoben.

Die Staatsanleihen reagieren darauf mit Kursgewinnen. Die Rendite von Lira-Anleihen sinkt am Freitagvormittag um 43 Basispunkte auf 17,58 Prozent. Und auch am Aktienmarkt und am Devisenmarkt wird das Ereignis mit steigenden Notierungen begrüßt.

Weitere Zinssenkungen werden erwartet

„Die Investoren am Anleihemarkt rechnen mit weiteren Zinssenkungen und deshalb sinken die Renditen“, erklärt Tim Ash, Schwellenländer-Analyst bei Bear Stearns. Diese Annahme scheint gut begründet, hat die Notenbank in ihrer Stellungnahme zu ihrer jüngsten Entscheidung doch gleichzeitig weitere Zinssenkungen in Aussicht gestellt. „Die Renditen könnten kurzfristig auf 17 Prozent fallen“, glaubt Kemal Keskin, Fondsmanager bei der Fortis Bank.

Das mit Abstand höchste Zinsniveau in Europa, die ebenfalls sehr hohen Realzinsen und die Perspektive fallender Inflationsraten rechtfertigen diese Annahme. Zwar ist fraglich, ob sich die ehrgeizigen Pläne der Notenbank erfüllen werden, nach denen die Inflation im kommenden Jahr auf vier Prozent sinken soll, nachdem sie sich im August noch auf 7,39 Prozent belief. Aber dass die Teuerungsraten abnehmen, ist Konsens unter den Türkei-Beobachtern.

Die Volkswirte beim größten türkischen Broker IS Investment halten in diesem Jahr weitere Zinssenkungen von 75 Basispunkte für möglich und abhängig von der Fiskaldisziplin und dem globalen Börsensentiment könnten 2008 weitere Zinssenkungen von 150 bis 200 Basispunkten dazukommen.

Das hohe Leistungsbilanzdefizit birgt Risiken

Ermutigt wurde die Notenbank zu dem frühzeitigen Zinsschritt vermutlich auch dadurch, dass sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal auf 3,9 Prozent abgeschwächt hat und auch das Leistungsbilanzdefizit zuletzt niedriger als erwartet ausgefallen ist.

Mit einem Anstieg von einem Viertel gegenüber dem Vorjahr bereitet aber gerade das Leistungsbilanzdefizit noch immer Probleme. Und wenn der Ölpreis weiter auf Rekordkurs bleiben sollte, dann birgt auch die Inflationsseite Risiken, zumal die Türkei sehr auf Ölimporte angewiesen ist. So veranschlagen die Volkswirte bei AK Securities die Inflationsrate in zwölf Monaten bei einem Ölpreis von 72 Dollar je Barrel auf 5,44 Prozent und nur bei einem Anstieg des Ölpreises auf 73 Dollar bereits auf 6,27 Prozent.

Im sorgenfreien Raum agiert die Notenbank somit noch lange nicht. Trotz der derzeit gültigen Aussicht auf weiter fallende Leitzinsen und Renditen sind Türkei-Anleihen deshalb nur etwas für Anleger mit einer überdurchschnittlichen Risikobereitschaft. Wegen dem generell viel zu hohen Leistungsbilanzdefizit ist das Land für spekulative Attacken jederzeit anfällig. Das gilt speziell für Investments in Lira-Anleihen, aber auch für Anleger, die sich durch den attraktiv erscheinenden Renditevorsprung von 5,774 Prozent angelockt fühlen, den beispielsweise die bis 10. Februar 2014 laufende und einem Kupon von 6,5 Prozent ausgestattete Euro-Türkei-Anleihe (Isin DE000A0AU933) abwirft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Inflationszahlen von August wurden bekannt gegeben

Das Türkische Amt für Statistik (TUIK) hat die Inflationszahlen bekannt gegeben. Die jährliche Inflation des Verbraucherpreisindex lag bei 7,39% und die des Erzeugerpreisindex bei 3,72%. Auf monatlicher Basis berechnet stieg der Verbraucherpreisindex im August um 0,02% und der Erzeugerpreisindex um 0,85%.

Milliyet

Untersuchung: Wohnungskosten sind die größte und Ausbildung die kleinste Last für Familien

Laut der Studie des Türkischen Amts für Statistik (TUIK) haben türkische Familien letztes Jahr mehr Geld für Zigaretten und Alkohol ausgegeben als für Ausbildung. Die Ergebnisse der TUIK-Untersuchung über das Budget der privaten Haushalte von 2006 zeigen, dass die größten Ausgaben mit 27,3% der gesamten Haushaltsaufwendungen im Bereich Wohnbau und Miete gemacht wurden.

Dem folgten Ausgaben für Nahrung und nicht-alkoholische Getränke (mit 24,8%) und Transportkosten (mit 13,1%). Am anderen Ende der Skala der Haushaltsausgaben standen mit 2,1% die Ausbildung, leicht unter dem Niveau der Ausgaben für Unterhaltung und Kultur (mit 2,2%), und weniger als die Hälfte davon wurden für Alkohol und Zigaretten ausgegeben (4,1%).

Laut Berechnungen der Studie lagen die monatlichen Ausgaben pro Haushalt bei 1,225 YTL, das entspricht etwas weniger als \$1000 Dollar bzw. etwas mehr als 700 Euro.

NTVMSNBC

VIII. Firmennachrichten aus der Türkei

E.ON baut gemeinsam mit Turcas Kraftwerke in der Türkei



Der Energieversorger E.ON AG (ISIN DE0007614406/ WKN 761440) hat mit dem türkischen Energiekonzern Turcas eine Vereinbarung zum Bau von zwei Kraftwerken geschlossen. Dies gab der im DAX30 notierte Konzern bekannt. Konzernangaben zufolge beabsichtigen beide Unternehmen im Rahmen des Abkommen gemeinsam zwei 800.000 Megawatt-Kraftwerke in der Türkei zu entwickeln, zu bauen und zu betreiben. In diesem Zusammenhang wurden zwei Joint Venture-Gesellschaften zur Durchführung dieser Projekte gegründet.

E.ON Elektrik Üretim Ltd. Sti., die türkische Tochter von E.ON, wird jeweils 70 Prozent an den Gesellschaften halten, Turcas Elektrik Üretim A.S. je 30 Prozent. Eines der Kraftwerke soll mit Steinkohle befeuert werden, das andere mit Erdgas. Turcas Elektrik Üretim A.S. ist eine vollständige Tochter der Turcas Petrol A.S. mit Sitz in Istanbul. 1936 gegründet, ist Turcas eines der führenden türkischen Energieunternehmen mit einer Reihe von Tochtergesellschaften in den Sektoren Öl, Gas und Strom. Mit dem Schritt auf den türkischen Markt setzt E.ON seine strategischen Pläne vom Mai dieses Jahres konsequent weiter um.

E.ON hatte seither bereits das Gasfeld Skarv Idun sowie Energie E-2, ein Unternehmen für erneuerbare Energien, erfolgreich erworben. Mit OGK-4 schließlich steht E.ON kurz vor dem Eintritt in den russischen Strommarkt. Der Vertrag mit Turcas ist jetzt ein weiteres, in kurzer Zeit realisiertes Projekt im Rahmen dieser 60 Mrd. Euro schweren E.ON-Investitionsoffensive.

Siemens IT Solutions erhält Auftrag aus Türkei über 73 Mio EUR



Die Siemens IT Solutions and Services hat einen Auftrag vom türkischen Finanzministerium erhalten. Das Unternehmen werde landesweit die vorhandene IT-Infrastruktur von mehr als 1.000

Steuerämtern modernisieren und sie mit einem einheitlichen IT-System verbinden, teilte die Tochter der Siemens AG, München, mit. Der Vertrag habe ein Volumen von 73 Mio EUR.

Bereits 1998 und 2004 hatte Siemens zwei Aufträge vom Finanzministerium erhalten und dabei die Grundlage des derzeitigen IT-Systems gelegt. Siemens erweitert es nun um eine webbasierte Lösung. Sie soll es ermöglichen, landesweit die steuerrelevanten Daten zwischen sämtlichen Ämtern auszutauschen, Banken und Regierungsbehörden anzubinden und sämtliche Informationen an einer zentralen Stelle zusammenzuführen.

Pioneer: Türkei attraktiv für weitere Investitionen

Pioneer *sound.vision.soul*

„Die Aktienmärkte mit den höchsten Anteilen an ausländischen Investoren - also Ungarn und die Türkei - waren im August am stärksten unter Druck“, sagt Paul Severin, Aktienchef von Pioneer Investments Austria. „Allerdings sind die ärgsten Turbulenzen vorbei, vor allem der türkische Markt ist schon wieder interessant.“ Die relativen Bewertungen und das geklärte politische Umfeld lassen die Türkei wieder attraktiv erscheinen.

Auch Grete Strasser, CEE-Anleihenfondsmanagerin bei Pioneer Investments Austria, ist von der Türkei überzeugt: „Die neue Regierung bestätigt den bisher eingeschlagenen Wirtschaftskurs und will das Abkommen mit dem IMF (Währungsfonds) verlängern. Das gibt dem Land weitere Stabilität.“ Auch die Wahl des Präsidenten Gül habe keine negativen Implikationen auf den Markt gehabt.

Währungsseitig war der August bei den osteuropäischen Währungen ebenfalls von hoher Volatilität geprägt. Die türkische Lira etwa schwankte innerhalb eines Tages um bis zu 5 Prozent. Gegenüber dem Vormonat verlor sie allerdings nur 0,87 Prozent.

„Die tschechische Krone wurde im August ihrem Ruf als ‚Safe Haven Währung‘ gerecht. Sie entwickelte sich mit einem Plus von 1,3 Prozent am besten“, sagt Strasser.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org